

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom Freitag, 20. November 2015, 20.15 Uhr in der Turnhalle Würenlingerstrasse

VORSITZENDER	Lukas Keller, Gemeindeammann
PROTOKOLLFÜHRER	Daniel Müller, Gemeindeschreiber
STIMMENZÄHLER	Alfred Spuler Thomas Steigmeier

Stimmberechtigte laut Stimmregister	1'624
1/5 für die abschliessende Beschlussfassung benötigte Stimmen (§ 30 Gemeindegesetz)	325
Anwesend sind	234

Das Beschlussquorum kann somit nicht erreicht werden. Alle positiven und negativen Beschlüsse der heutigen Versammlung unterstehen deshalb dem fakultativen Referendum.

Über positive und negative Beschlüsse der Gemeindeversammlung kann von 1/10 der Stimmberechtigten die Urnenabstimmung innert 30 Tagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung, schriftlich verlangt werden (§ 31 Gemeindegesetz).

Traktanden

1. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2015
2. Sporthallenprojekt GoEasy; Gemeindebeitrag von einmalig Fr. 290'000 und jährlich Fr. 18'500; Genehmigung des Vertrages mit der GoEasy Freizeit & Event AG und Genehmigung des Grundlastvertrages
3. Schulsozialarbeit Kreisschule Surbtal; Einführung und Kreditbegehren von jährlich brutto Fr. 74'000
4. Personalreglement; Anpassung betr. Schulsozialarbeit
5. Gestaltung Dorfkern (Marktgasse); Kreditbegehren von Fr. 100'000 für kommunales Richtkonzept
6. Genehmigung Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 111 %
7. Verschiedenes und Umfrage

Gemeindeammann Lukas Keller begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, Gäste und Vertreter der Aargauer Zeitung und der Botschaft. Die heutige Versammlung steht in verschiedener Hinsicht unter dem Aspekt von Veränderungen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sämtlichen Stimmberechtigten die Traktandenliste mit dazugehörigen Erläuterungen zu den einzelnen Traktanden rechtzeitig zugestellt worden ist. Die Akten zu den einzelnen Traktanden lagen in der Zeit vom 4. bis 20. November 2015 zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Die Gemeindeversammlung ist ordnungsgemäss einberufen worden und demzufolge verhandlungsfähig. Das Beschlussquorum ist nicht erreicht, weshalb alle positiven und negativen Beschlüsse dem fakultativen Referendum unterstehen.

Der Vorsitzende erklärt die Versammlung als eröffnet. Zur Reihenfolge der zu behandelnden Geschäfte gibt es keine Wortmeldung.

TRAKTANDUM 1

GENEHMIGUNG PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 19. JUNI 2015

Gemeindeammann Lukas Keller: Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2015 lag während der öffentlichen Auflage der Gemeindeversammlungsakten zur Einsichtnahme auf.

Die Diskussion wird nicht benützt.

Antrag

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2015 sei zu genehmigen.

Abstimmung

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2015 wird einstimmig genehmigt.

TRAKTANDUM 2

SPORTHALLENPROJEKT GOEASY; GEMEINDEBEITRAG VON EINMALIG FR. 290'000 UND JÄHRLICH FR. 18'500; GENEHMIGUNG DES VERTRAGES MIT DER GOEASY FREIZEIT & EVENT AG UND GENEHMIGUNG DES GRUNDLASTVERTRAGES

Vizeammann Peter Keller erklärt, dass in den letzten Wochen zu diesem Thema verschiedenes zu hören und zu lesen war. Vor 10 Tagen fand zudem eine Informationsveranstaltung statt. Die wichtigsten Eckpunkte werden nochmals vorgestellt.

Die Gemeinde bzw. der TV Endingen kann sich nun an der Sporthalle im GoEasy ein Nutzungsrecht sichern. Wöchentlich steht die Halle insgesamt 25 Stunden und an mindestens 10 Tagen für Heimspiele zur Verfügung. Gemeinsam wird ein Beitrag von total Fr. 600'000 – aufgeteilt auf die Gemeinde und den TV Endingen – geleistet. Damit kann die Stundenmiete von Fr. 150 auf Fr. 100 reduziert werden. Es ist ein Nutzungsrecht von 20 Jahren vorgesehen. Die finanzielle Abwicklung beinhaltet für die Gemeinde einen einmaligen Beitrag von Fr. 290'000 und jährlich wiederkehrende Kosten von total 28'500. Mit dem Beitrag der Gemeinde können 4 ½ Stunden pro Woche abgedeckt werden.

Das Bundesamt für Sport investiert 1,2 Millionen Franken für den Behindertensport und für eine Nutzung durch den Handballverband. Der Kanton Aargau leistet einen Beitrag von 4 Millionen Franken. Das PSI ist ebenfalls Nutzerin der Anlage, ebenso das Sportzentrum Leuggern. Andere Vereine aus Siggenthal und Baden haben ebenfalls Interesse angemeldet.

Die Gemeinde leistet bereits heute einen Beitrag für den TV Endingen von rund Fr. 8'000 jährlich für auswärtige Hallenmiete. Der jährlich wiederkehrende Betrag von 28'500 wird aufgeschlüsselt. Ein Anteil von Fr. 13'500 leistet die Einwohnergemeinde, Fr. 5'000 trägt der Hauensteinfonds und Fr. 10'000 übernimmt die Ortsbürgergemeinde. Der Gemeindeanteil von 290'000 wird im 2015 verbucht und belastet die Gemeinderechnung ab 2016 nicht mehr. Das Projekt wird auch zu Entlastungen bei der Mehrzweckhalle Endingen im Umfang von 5 Wochenstunden führen.

Diskussion

Peter Schwaller: Gut Ding will Weile haben. In den 1980er Jahren hat man die Bezirksschule vergrößert. Da war die grosse Herausforderung die Frage, ob eine doppelte oder Dreifachhalle richtig sei. Das vorliegende Projekt wird sehr befürwortet. Die Finanzierung von Fr. 290'000 ist allerdings ein Knackpunkt. Für das laufende Jahr hat die Gemeinde ein Defizit budgetiert. Wenn man nicht einen sehr guten Rechnungsabschluss präsentieren kann, wird das Defizit also noch grösser. Wie hoch sind unsere Eigenmittel? Die Laufzeit dieses Geschäftes beträgt 20 Jahre. Die Abschreibung der Investition könnte über diesen Zeitraum erfolgen. Dann müssten die Eigenmittel nicht so stark strapaziert werden.

Gemeindeammann Lukas Keller: Der Vertrag sieht vor, dass man den Betrag bis 31.12.2015 zahlen muss. Ursprünglich war vorgesehen, die Räume im GoEasy etwas früher zu beziehen. Die Gemeinde kann die Investition aus dem verfügbaren Eigenkapital finanzieren. Mit dem verfügbaren Eigenkapital könnte die Gemeinde auch einen Aufwandüberschuss decken. Nach dem hervorragenden Abschluss aus dem letzten Jahr, ist das verfügbare Eigenkapital auf über 4 Millionen Franken angestiegen. Die Transaktion läuft über die Erfolgsrechnung. Das Defizit für das Jahr 2015 war mit Fr. 170'000 budgetiert. Stand heute darf man aber von einer „schwarzen Null“ ausgehen. Der Steuerertrag ist wohl etwas besser als ursprünglich angenommen.

Eine Abschreibung der Investition über 20 Jahre wollte man nicht, da das Projekt finanziell nicht späteren Generationen überbunden werden sollte. Es warten noch viele weitere Investitionen in der Zukunft.

Alexander Wokaun: Der TV Endingen hat der Bevölkerung im Vorfeld der Abstimmung ein Flugblatt zukommen lassen. Da liest man, dass ein grosser Teil der Kosten der TV trägt. Das wurde bezüglich der Investitionen zwar aufgezeigt. Ist das aber auch bezüglich jährlichem Aufwand so?

Vizeammann Peter Keller: Der TV beansprucht 15 Stunden im GoEasy. Der Beitrag der Gemeinde deckt rund 4.5 Stunden ab. Der Rest des finanziellen Aufwandes wird vom Turnverein beglichen. Das Verhältnis beträgt also ca. 2 : 1.

Adrian Berscher: Im Abschnitt 3.2 des Vertrages heisst es, dass der TV Endingen für die Belegung der Halle Priorität hat. Im Anhang ist er aber erst an dritter Stelle aufgeführt. Ausserdem stellt sich die Frage, ob man nicht 10 Stunden mehr einkauft, als man effektiv benötigt.

Vizeammann Peter Keller: Pro Woche stehen 25 Wochenstunden prioritär für den TV und weitere sporttreibenden Verein zu Vorzugskonditionen zur Verfügung. Der TV Endingen kann aber auch mehr Zeiten, als die zugesicherten 25 Stunden beanspruchen. In diesem Fall hätte er Priorität, vor anderen Vereinen. Die Reserve von 10 Stunden besteht im Moment. Andere Vereine aus dem Dorf können diese Kapazität nutzen. Es ist aber auch eine strategische Reserve für den TV. Es hängt von der Entwicklung des Vereins ab. Die „Heimhalle“ wirkt sich bestimmt auch auf das Sponsoring aus. Im umgekehrten Fall - wenn also weniger Stunden beansprucht würden - wird auch der Anteil der Gemeinde entsprechend reduziert.

Jeanne Schneider: Die Gemeinde soll sich am Projekt beteiligen. Ihre eigenen Kinder waren damals in einem Verein eingebettet. Man wusste sie gut aufgehoben. In der Tätigkeit als Berufsbeistand hat Jeanne Schneider einige andere Situationen gesehen. Andere Vereine aus Endingen sollen und werden auch von der Gemeinde unterstützt. Jugendliche und junge Erwachsene, die in einem Verein integriert sind, sind weniger gefährdet.

Gemeindeammann Lukas Keller: In unserem Dorf besteht der gesellschaftliche Zusammenhalt auch oder vor allem über die Vereine. Es sind 40 Vereine in Endingen gemeldet. Das ist ein Gut, zu dem man Sorge tragen muss.

Die Diskussion wird weiter nicht benützt.

Antrag

Dem Gemeindebeitrag an das Sporthallenprojekt GoEasy von einmalig Fr. 290'000 und wiederkehrend Fr. 18'500 sei zuzustimmen. Der Vertrag mit der GoEasy Freizeit & Event AG und der Grundlastvertrag seien zu genehmigen.

Abstimmung

Der Gemeindebeitrag an das Sporthallenprojekt GoEasy von einmalig Fr. 290'000 und der wiederkehrende Betrag von Fr. 18'500 bzw. der Vertrag mit der GoEasy Freizeit & Event AG und der Grundlastvertrag werden einstimmig genehmigt.

TRAKTANDUM 3

SCHULSOZIALARBEIT KREISSCHULE SURBTAL; KREDITBEGEHREN VON BRUTTO FR. 74'000

Gemeinderat Urs Ammann: Es handelt sich um ein Geschäft der Verbandsgemeinden der Kreisschule Surbtal. Der Antrag wird in allen Verbandsgemeinden traktandiert und darüber abgestimmt. Mindestens vier Gemeinden müssen zustimmen, damit das Geschäft in der Gesamtheit angenommen ist.

Die Kreisschule Surbtal umfasst an zwei Standorten (Endingen und Lengnau) 415 Schüler und Schülerinnen und 60 Lehrpersonen. Verschiedene Beispiele aus dem Schulalltag zeigen auf, wie vielseitig und wichtig die Intervention einer Schulsozialarbeit ist. Abklärungen in der Schule haben gezeigt, dass die Schulsozialarbeit einer grossen Notwendigkeit entspricht.

Kinder und Jugendliche, aber auch Lehrpersonen und Schulleitungen können die Schulsozialarbeit nutzen. Auch die Beratung von Schulführung und Lehrpersonen kann fachlich unterstützt werden. Die Schulsozialarbeit agiert und reagiert. Die Empfehlung von BKS weist bei 300 - 350 SchülerInnen ein Pensum von 50 - 60 % aus. Avenir social spricht von einem Bedarf von rund 80 Stellenprozenten bei 300 SchülerInnen. Viele Gemeinden im Aargau haben die Schulsozialarbeit bereits eingeführt.

Eine eingesetzte Arbeitsgruppe prüfte den Bedarf in den Gemeinden. Man untersuchte, ob nicht nur die Oberstufe, sondern auch die Primarschule einbezogen werden sollte. Die Gemeinden im Surbtal sahen aber derzeit davon ab. Die Bruttokosten für die Einführung bei der Oberstufe belaufen sich auf Fr. 74'000. Für Endingen wäre ein Anteil von rund Fr. 20'000 zu berücksichtigen.

Diskussion

Stéphanie Fritschy: Der Gemeinderat schlägt vor, die Primarschule beim Projekt Schulsozialarbeit nicht zu integrieren. Stephanie Fritschy ist Mutter von drei Kindern, hat also Erfahrung mit verschiedensten Situationen. Krisensituationen entstehen nicht erst in der Oberstufe. Warum wurde die Primarschule nicht auch gleich miteinbezogen? Mit einem Pensum von 60 % hätte auch die Primarschule Platz gehabt.

Gemeinderat Urs Ammann: Das Anliegen wurde abgeklärt und untersucht. Man war aber letztlich der Meinung, dass man schrittweise vorgehen wolle. Die Situation wird aber im Auge behalten um allenfalls reagieren zu können. In der Primarschule besteht eine sehr gute Struktur und eigentlich wenig Probleme. Allenfalls könnten später die Stellenprozente aufgerechnet werden.

Liselotte Steiner: Veränderungen in der Schule finden statt. Nicht nur bei uns, sondern überall. Man wurde darüber informiert. Es fehlten aber Angaben über die Angebote, die schon bestehen, wie etwa die Schulpsychologie usw. Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob mit dem vorgesehenen Vorgehen die Probleme gelöst werden können. Die genannten Probleme gehören eigentlich in die Eigenverantwortung der Eltern. Sie müssten sich wieder mehr interessieren für die Anliegen ihrer Kinder. Nach dem Schulsozialarbeiter werden sicherlich weitere Ämter eingeführt werden müssen.

Gemeindeammann Lukas Keller: Die Gemeinde ist auch besorgt über die die Entwicklung. Die Probleme können tatsächlich oft nicht so einfach gelöst werden. Nichts desto trotz steht vorliegend aber die Schulsozialarbeit zur Diskussion. Es ist dringend nötig, diese einzuführen, aber auch parallel die Diskussion weiter zu führen.

Gemeinderat Urs Ammann: Auch diese berechnete Frage konnte im Vorfeld beantwortet werden. Die Schulsozialarbeit ist eine Stelle, die eine Art Drainage-Funktion hat. Es gibt zwar in der Schule viele andere Angebote, aber es ist die Frage, wie vor Ort in ganz gewissen Fällen reagiert werden kann. Es gibt konkrete Situationen, für die im Alltag die Schulsozialarbeit wichtig ist.

Alexander Wokaun: Anfangs wurden noch andere Gemeinden erwähnt. Bei ungefähr 100 Schülern aus Endingen beträgt der Anteil ca. Fr. 20'000. Wieso muss dann ein viel höherer Betrag genehmigt werden?

Gemeinderat Urs Ammann: Endingen ist Standortgemeinde und muss darum den Bruttokredit bewilligen. Der Betrag wird dann aber auf die beteiligten Gemeinden aufgeteilt.

Peter Schwaller: Bei diesem Geschäft ist Peter Schwaller dezidiert dagegen. Der Vorlage ist zu entnehmen, was es an Unterstützungen in der Schule alles schon gibt. Dabei sind bereits viele vernetzte Stellen. Eine zusätzliche, neue Stelle schaffen ist falsch.

Lydia Spuler: Die Hauptaufgabe der Schulsozialarbeit ist nicht die Koordination dieser Stellen. Die Probleme bleiben nicht nur daheim, sondern kommen in die Schule. Wenn es Probleme gibt sind die Eltern nicht immer die ersten Ansprechpersonen. Bevor eine Situation zum grossen Problem wird, kann die Schulsozialarbeit bereits eingreifen. Es geht hier nicht um Schulfächer, sondern um zwischenmenschliche Probleme. Die Schule hat oft auch keine rechtlichen Möglichkeiten, um entsprechend einschreiten zu können.

Regine Pradervand: Der Vorteil des Angebotes ist, dass es sehr niederschwellig ist. Probleme, die vorhanden sind, können wahrgenommen werden und es kann reagiert werden, bevor ein grosses Problem daraus entsteht. So gesehen kann hier mit wenig Aufwand etwas aufgefangen werden, das später grösser und aufwendiger werden kann.

Dominic Platten: Er kennt viele Scheidungskinder. Die Eltern arbeiten. Viele Redner haben hier schon gesagt, dass es ein Problem der Familien ist. Es ist aber keine schlechte Sache, wenn ausserhalb eine Möglichkeit besteht, sich hinzuwenden. Wenn beide Elternteile arbeiten gibt es vielleicht zu Hause zu wenig Möglichkeiten um Dinge besprechen zu können.

Andreas Meier: Ist die Notwendigkeit wirklich gegeben? Gibt es die erwähnten Situationen wirklich, ist das Bedürfnis so gross? Wird die Schulsozialarbeit dereinst auch noch für die Primarschule eingeführt?

Gemeinderat Urs Ammann: Die Ausweitung auf die Primarschule ist noch offen. Wenn es aber sinnvoll ist, könnte sie auch für diese Schulstufe eingeführt werden. Die Schulsozialarbeit könnte im Notfall aber auch schon jetzt in der Primarschule eingreifen.

Peter Schwaller: In Tegerfelden wird der Gemeinderat zu diesem Geschäft einen Antrag auf Ablehnung stellen. Damit beteiligt sich bereits eine Gemeinde nicht. Wenn schon braucht es für ein solches Vorhaben die Einstimmigkeit aller Gemeinden.

Gemeindeammann Lukas Keller: Die Satzungen besagen, dass die Schulsozialarbeit eingeführt wird, wenn vier Kreisschul-Gemeinden zustimmen.

Eva Binder: Sie möchte eine Lanze brechen für alle berufstätigen Mütter. Ob es daheim klappt oder nicht hängt nicht von der Berufstätigkeit von Vater und Mutter ab. Es ist keine Lösung, wenn für die genannten Probleme alle anderen Dienste zuständig sein sollen. Es dauert oft lange, bis man bei gewissen Diensten ein Resultat erhält. Die Kinder haben das Recht, dass sich jemand ihrer Probleme annimmt.

Die Diskussion wird nicht weiter benützt.

Antrag

Der Einführung der Schulsozialarbeit und der Schaffung einer neuen Stelle mit jährlich wiederkehrenden Kosten von brutto Fr. 74'000 sei zuzustimmen.

Abstimmung

Die Einführung der Schulsozialarbeit und die Schaffung einer neuen Stelle mit jährlich wiederkehrenden Kosten von brutto Fr. 74'000 wird mit grossem Mehr, 39 Gegenstimmen und bei 22 Enthaltungen zugestimmt.

TRAKTANDUM 4

PERSONALREGLEMENT; ANPASSUNG

Gemeindeammann Lukas Keller: Dieses Geschäft ist eine Folge aus dem Traktandum 3. Der Schulsozialarbeiter muss in das Personalreglement integriert werden. Das ist eine formelle Sache. Die Gemeindeversammlung muss aber über die Anpassung dieses Reglementes befinden. Es handelt sich um zwei Teilanträge. Verschiedene der im Personalreglement Endingen geführten Stellen sind regional. Weil die Gemeinde Endingen für sie zuständig ist, sind sie in unseren Bestimmungen zu fixieren.

Die Diskussion wird nicht benützt.

Antrag

Der Anpassung des Personalreglementes sei zuzustimmen.

Abstimmung

Die Anpassung des Personalreglementes wird mit grossem Mehr zu 3 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen angenommen.

TRAKTANDUM 5

GESTALTUNG DORFKERN; KREDITBEGEHREN VON FR. 100'000

Gemeinderat Felix Spuler: Die Gemeinde will im Zusammenhang mit der Revision der Bau- und Nutzungsordnung die Chance packen, das Dorfzentrum zu gestalten. Der Gestaltungsplan Dorfkern soll aufgehoben werden. Das Planwerk ist 30 Jahre alt und konnte in letzter Zeit nicht mehr vollumfänglich umgesetzt werden. Das Zentrum verändert sich laufend. Es gibt z.B. mehr Verkehr. Dem Dorfkern soll eine spezielle Bedeutung gegeben werden. Man will in der Planung mit Grundeigentümern Lösungen finden.

Der Bereich Marktgasse / Hirschengasse soll konkret untersucht werden. Der Grundgedanke basiert auf der Mobilitätsstrategie des Kantons. Man spricht hier von einem regionalen Richtplankonzept. Mit einer speziellen Analyse soll der Platz an der Marktgasse untersucht werden. Die Durchfahrt von Eendingen soll zu einem attraktiven Zentrum werden. Wichtig ist dem Gemeinderat auch, dass die Bevölkerung integriert wird. Vorliegend handelt es sich um eine Light-Variante. Man könnte aber auch mit drei Planungsteams arbeiten. Seitens des Kantons ist eine Kostenbeteiligung angesagt. Ausserdem wird der Kanton auch Personal delegieren. Das ist wichtig, weil es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Der Beitrag des Kantons liegt bei max. 1/3 der Gesamtkosten.

Diskussion

Peter Schwaller: Das Hauptproblem ist der Verkehr in diesem Dorf. Die Surbtalstrasse wurde in den 50er-Jahren quer durch das Dorf gebaut. Das war ein erster Sündenfall. Ungefähr 1978 kam ein Antrag des Kantons, dass die Strasse durch das Dorf vierspurig werden und die Erschliessungen rückwärtig erfolgen müssen. Das Diktat des Kantons kommt nun neu in anderer Form. Die Funktionalität der Hauptstrasse muss gewährleistet werden. Das heisst, dass der Verkehr flüssig durch das Dorf gelangen muss. Bevor man nun anfängt Fr. 100'000 auszugeben muss man mit dem Kanton ernsthaft diskutieren, was man unter Funktionalität der Strasse versteht. Peter Schwaller glaubt nicht, dass der Kanton ein Wort für den Dorfkern in Eendingen einlegt.

Alexander Wokaun: Es wurde ein Planungssperimeter in Form einer Elypse aufgezeigt. Ein paar Liegenschaften sind wenig genutzt oder bereits älter. Vor Jahren wollte man den Platz bei der Synagoge beleben. Der Perimeter sollte jetzt bis zur Postautogarage ausgedehnt werden.

Gemeindeammann Lukas Keller: Die Terminologie ist eine andere – es hat mit einem Antrag von Thomas Werder angefangen. Es gibt im Dorfkern zu viele Postautos, die zu- und wegfahren. Ausserdem ist es ein Projekt der Gemeinde Eendingen. Der Kanton hat keinen Anstoss dazu gegeben. Der Gemeinderat hat an einer Klausur das Thema bearbeitet – mit den notwendigen Fachleuten. Die Postautos müssen an engen Orten verkehren. Man will die Situation der Gewerbebetriebe verbessern und die Durchfahrt der vielen Autos auch beachten. Es ist ein Projekt der Gemeinde – mit Unterstützung durch den Kanton.

Viktor Laube: Auch er ist vom Vorhaben betroffen. Nicht zu planen ist das Schlechteste, was man machen kann. Die Geschäfte sind eigentlich auch angewiesen auf den Verkehr. Aber man soll ihn für die Zukunft richtig planen. Man muss auch nicht den Kanton fragen, was man in Eendingen will. Obwohl der Strasseneigentümer in der Planung auch ein wichtiger Faktor ist, müssen die Endinger festlegen, was sie wollen.

Gemeindeammann Lukas Keller: Der Perimeter ist noch nicht abschliessend festgelegt. Er geht entlang der Marktgasse. Wie weit die Liegenschaften hinterliegend dazu gehören werden, ist noch offen.

Die Diskussion wird nicht mehr benützt.

Antrag

Dem Kreditbegehren von Fr. 100'000 für die Planung zur Gestaltung des Dorfkerns sei zuzustimmen.

Abstimmung

Dem Kreditbegehren von Fr. 100'000 für die Planung zur Gestaltung des Dorfkerns wird mit grossem Mehr zu 15 Gegenstimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt.

TRAKTANDUM 6

BUDGET 2015 MIT EINEM STEUERFUSS VON 111 %

Gemeindeammann Lukas Keller Als das Budget im ersten Entwurf vorlag resultierte ein Minus von 1 Million Franken. In einem nächsten Schritt wurden alle Positionen, die nicht absolut zwingend sind, gestrichen. Danach konnten die Gemeinderäte die notwendigsten Positionen aus ihren Ressorts - begründet - wieder eingeben. Damals wurde diskutiert, ob Sparen um jeden Preis sinnvoll ist. Es wurde über Investitionen und ihre Dringlichkeit gesprochen. Man kann sagen, dass jetzt ein Budget vorliegt, das sich auf die wichtigsten Aspekte bezieht. Die Finanzen der Gemeinde sind gut, aufgrund des grossen Investitionsbedarfs konnte es trotzdem nicht ausgeglichen gestaltet werden.

Das Budget 2015 sieht ein Defizit von ca. Fr. 190'000 vor. Am Ende des Budgetprozesses für das Jahr 2016 resultierte ein Defizit von wiederum rund Fr. 200'000. Sorgen bereitete das Schulbudget und der Finanzausgleich, der ausblieb. Es müssen rund Fr. 400'000 ausgeglichen werden.

Die Erfolgsrechnung ergibt bei einem betrieblichen Aufwand von Fr. 9'878'800 und einem Ertrag von Fr. 9'739'700 ein operatives Ergebnis von letztlich minus Fr. 196'400. Die wichtigsten Positionen der einzelnen Abteilungen werden kurz durchgegangen.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben weist die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung einen Ertragsüberschuss von Fr. 131'700 bzw. Fr. 95'400 aus. Bei der Abfallbewirtschaftung resultieren gleich hohe Ausgaben, wie Einnahmen. Die Fernwärmeversorgung rechnet mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 147'800.

Der Bereich Bildung macht über das gesamte Budget 42 % aus.

Bei den Steuern sind Mehreinnahmen von insgesamt Fr. 376'000 für 2016 ausgewiesen. Das ist ein Mehrertrag von total 6,86 %. Diese Erhöhung resultiert aus einer Anpassung gemäss Angaben des Kantons sowie der Steuerfusserhöhung von 3 %. Die gesamte Berechnung basiert auf den aktuellsten Zahlen vom August 2015, welche höher liegen, als bei der Budgetierung für das Jahr 2015 angenommen wurde. Endingen weist eine geringe Steuerkraft auf. Der Steuereingang pro Kopf ist rund Fr. 300.-- tiefer als das Kantonsmittel. Das ist ein „Verlust“ von Fr. 750'000.

Die Netto-Investitionen belaufen sich auf Fr. 3'236'000. Die Selbstfinanzierung liegt hingegen lediglich bei Fr. 782'200. Die Gemeinde wird sich im Umfang von fast 2,5 Millionen Franken fremd verschulden müssen. Der Gemeinderat wird, je nach Finanzentwicklung, entscheiden, welche Projekte ausgeführt werden können.

Mit den erheblichen Investitionen und ohne Steuerfusserhöhung würden die Schulden auf rund 11,5 Millionen Franken ansteigen (von heute rund 8 Millionen Franken). Mit 111 % Steuersatz wird der Schuldenverlauf auf tieferem Niveau bleiben. Er wird bis 2025 bei rund 7,5 Millionen Franken liegen. Die Differenz zur Grenze ohne Steuerfussanpassung beträgt rund 3,5 Millionen Franken.

Die Entwicklung war schon länger absehbar. Es wurde im Vorfeld der Versammlung argumentiert, dass die Steuerfussreduktion per 2014 um 6 % nur wegen dem Zusammenschluss von Endingen und Unterendingen erfolgt ist. Das stimmt nicht. Die damalige Reduktion basierte auf den Rechnungsjahren 2010 / 2011. Die Situation heute ist aber ganz anders als damals. Es wurden neue Bereiche eingeführt (Bauverwaltung) und zudem kosten bestehende Institutionen immer mehr. Es wurden also mit den bisherigen Einnahmen immer mehr Aufgaben erfüllt. Die laufende Rechnung ist ausgeglichen, aber man kann keine Schulden zurückzahlen. Deshalb muss die Steuerfusserhöhung beantragt werden.

Die Diskussion wird nicht benützt.

Antrag

Das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 111 % sei zu genehmigen.

Abstimmung

Das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 111 % wird mit grossem Mehr und 3 Gegenstimmen sowie 6 Enthaltungen. genehmigt.

TRAKTANDUM 7

VERSCHIEDENES UND UMFRAGE

Diskussion:

Arztpraxis Bachmann

Stefano Bachmann: Er führt seit ziemlich genau 9 Jahren eine Arztpraxis an der Semlistr. 9. Verschiedentlich wurde er nun angefragt, ob er seine Tätigkeit aufgeben. Das ist ein Gerücht und stimmt nicht. Es gefällt Stefano Bachmann hier sehr gut und für jene Personen, die eine ärztliche Leistung brauchen, ist er weiterhin verfügbar.

Sichtzone Überbauung Blumenweg

Jeanne Schneider: Wenn man auf der Hirschengasse Richtung Würenlingen fährt und in die Postgarenstrasse einbiegen will, ist die Sicht Richtung Gemeindehaus wesentlich schlechter als früher. Die Steinmauer bei der Überbauung Blumenweg steht in der Sichtzone. Die Mauer ist sicherlich korrekt erstellt worden, aber die Sicht ist wirklich schlecht. Man sollte hier etwas unternehmen.

Informationen Gemeinderat

Rücktritte Gemeinderat

Gemeindeammann Lukas Keller und Urs Ammann werden nach 8 Jahren und Gemeindeammann Lukas Keller nach 18 Jahren aus dem Gemeinderat zurücktreten. Die Ersatzwahlen finden am 28. Februar 2016 statt. Die Gemeindeammann-Ersatzwahl erfolgt am 5. Juni 2016.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Gemeindeammann Lukas Keller dankt der Versammlung für das Erscheinen und für die angeregte Diskussion.

Die Versammlung wird um 22.35 Uhr geschlossen.

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Gemeindeammann:

Lukas Keller

Der Gemeindeschreiber:

Daniel Müller